1 D 3417 D

türkei infodienst

Nr. 72/73 ERSCHEINT 14-TÄGIG 16. Januar 1984

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12. September 1980 wurden in der Türkei 48 Menschen hingerichtet (darunter 25 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

09.12.83 Mustafa Akdogan in Erzurum
Die Presse erwähnt lediglich, daß er ein Rechter ist.
17.12.83 Ali Bicer in Ankara
Er wurde in einem Prozeß gegen Angehörige der kurdischen Organisation KAWA zum Tode verurteilt.
31.12.83 Rasit Ek in Erzincan
31.12.83 Muhsin Akbil in Erzincan
Sie sollen ihr Opfer gefoltert und dann getötet haben. Obwohl es sich um einen politischen Mord handelt, wurde die Ausrichtung der Täter nicht angegeben.
29.12.83 Sehzade Kaygusuz in Adana
Dieser Anhänger von Dev-Yol wurde schon einmal am 26.04.82 in Adana zum Tode verurteilt. Es wird sich hier also um die Revisionsverhandlung gehandelt haben, bzw. ein zweites Todesurteil gegen diese Person. Aus diesem Grunde zählen wir dieses Todesurteil bei der Summe nicht mit.

Die Zahl der seit der Ausrufung des Kriegsrechtes verhängten Todesstrafen beträgt 277.

Bestätigungen

23.12.83 Ibrahim Ciftci in Ankara
Gegen diesen rechten Aktivisten laufen verschiedene Prozesse, in denen er aber zum Teil auch schon freigesprochen wurde. Dieses Todesurteil wurde aber nun durch den militärischen Kassationsgerichtshof bestätigt.

HINRICHTUNGSAKTEN VOR DEM PARLAMENT

Mit Beginn der neuen Legislaturperiode der Großen Nationalversammlung der Türkei (TBMM) wurden auch die Akten für eine Vollstreckung der Todesstrafen an dieses Parlament weitergeleitet. Es ist zwar derzeit noch nicht zu erkennen, in welcher Weise sich dieses Parlament mit dem Problem der Todesstrafen auseinandersetzen wird, aber zur Zeit sind es schon 25 Todesstrafen, die auf eine Bestätigung durch das Parlament warten. Wir führen hier die Namen der Personen und -soweit bekannt- Organisationszugehörigkeit auf:

Dudu Gül, Sevkiye Ersen, Mehmet Ali Uslu, Mehmet Selen, Kazim Caliskan, Abdülkadir Özyirtici	unpolitisch
Ilyas Has	Dev-Yol
Hidir Aslan	TARIS-Vorfälle
Muzaffer Öztürk, Sedat Yilmazsoy, F.I. Berkin	TIKKO
Mehmet Onur Miman	Rechter
Harun Kartal, Aslan Tayfun Özkök, A.F.Ercüment Özdemir, Aslan Sener Yildirim	Dev-Sol
Gürsel Bastas, Burhanettin Dogan, Haydar Yilmaz	Acilciler
Necdet Sözbir	THKP-C
Ahmet Erhan	Linker
Cumali Ayhan	
Mehmet Ucaroglu, Fevzi Isik, Ibrahim Yalcin Arkan	Dev-Sol

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

17.12.83	5 Linke	in Istanbul
18.12.83	1 Rechter	in Izmir
21.12.83	61 Linke	in Diyarbakir
25.12.83	85 Linke	in Diyarbakir

Vor den Kriegsgerichten der Türkei wurden in 5.866 Fällen Anträge auf Todesstrafe gestellt.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 17.12.1983

Befragungen im TKP-Südost Verfahren sind beendet

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Diyarbakir wurde die Befragung der 88 Angeklagten aus dem TKP-Südost Verfahren beendet. Das Gericht beschloß, 10 Angeklagte von der Verpflichtung, dem Prozeß beizuwohnen, zu befreien.Die Verhandlung wird mit den Zeugenaussagen und den Verteidigungen der Angeklagten zu einem weiteren Termin fortgeführt.

Hürriyet vom 18.12.1983

Urteil im KAWA-Verfahren: 1 mal Todesstrafe, zwei Mal lebenslänglich

Vor dem Militärgericht in Ankara ging das Verfahren gegen 8 Angeklagte von KAWA zu Ende. Wegen eines politisch motivitierten Mordes im Jahre 1980 wurde Ali Bicer mit dem Tode, Fatin Kanat und Hasan Asgar Gürgöz zunächst ebenfalls mit dem Tode, unter Anwendung des § 59 TSG dann aber mit einer lebenslänglichen Haftstrafe belegt.Die weiteren 5 Angeklagten wurden freigesprochen.

Hürriyet vom 18.12.1983

Im THKP-C Kurtulus Verfahren wird gegen 5 Angeklagte die Todesstrafe gefordert

Die Militärstaatsanwaltschaft von Istanbul hat gegen 54 Angeklagte der THKP-C Kurtulus ein neues Verfahren eröffnet, in dem gegen 5 Angeklagte die Todesstrafe gefordert wird. Den Angeklagten wird der Überfall auf eine Firma in Mecidiyeköyü am 19.03.83 zur Last gelegt. Mit diesem Prozeß hat sich die Zahl der in Istanbul angeklagten Anhänger von Kurtulus auf 210, die Zahl der geforderten Todesstrafen auf 30 gesteigert.

Hürriyet vom 17.12.1983

Zwei ehemalige Abgeordnete wurden zu je drei Jahren verurteilt

Vor dem Militärgericht Nr. 3 in Ankara wurden die ehemaligen Abgeordneten aus Ordu, Temel Ates und Ertugrul Günay zu je drei Jahren Gefängnisstrafe verurteilt. Das Gericht hatte zuvor einen Antrag der Verteidigung auf Erweiterung des Verfahrens abgelehnt. Die Verteidigung hatte beantragt, den Gesetzesentwurf, der durch die beiden Parlamentarier in das Parlament eingebracht worden war und vorsah, den 'Frühlingsfeiertag in den Tag des Arbeiters' zu verwandeln, als gesetzliches Verhalten der Angeklagten in den Prozeß mit aufzunehmen.
Das Gericht sah demgegenüber die Tatsache, daß die 2 Abgeordneten die illegale Organisation Dev-Yol unterstützt hatten, als erwiesen an und erkannte aufgrund der §§ 79 und 169 TSG auf eine Gefängnisstrafe von je 3 Jahren. Außerdem sollen die Angeklagten danach für ein Jahr unter Polizeiaufsicht gestellt werden (in Afyon oder Bolu). Ertugrul Günay und Temel Ates befinden sich seit 13 Monaten in Haft.

Cumhuriyet vom 21.12.1983

Gegen 61 Apocus und 6 Idealisten wird die Todesstrafe gefordert

Gegen die als Apocus bekannte illegale, separatistische Organisation PKK wurde vor dem Militärgericht in Diyarbakir für die Gruppe aus Hilvan-Siverek ein Zusatzverfahren gegen 108 Angeklagte eröffnet, gegen die in 61 Fällen die Todesstrafe gefordert wird. In der Anklageschrift von 49 Seiten wird gegen die übrigen Angeklagten eine Haftstrafe zwischen 3 und 15 Jahren gefordert. In Istanbul begann unterdessen der Prozeß gegen 8 Idealisten, denen der Mord an 5 Personen zur Last gelegt wird. Unter den Opfern ist auch der Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Ümit Yasar Doganay. Gegen 6 der Angeklagten wird nach § 450/4 TSG die Todesstrafe gefordert.

Cumhuriyet vom 22.12.1983

15 Angeklagte der DHB wurden zu Strafen zwischen 4 und 15 Jahren verurteilt

Vor dem Militärgericht in Adana ging der Prozeß gegen die illegale Organisation Devrimci Halkin Birligi (DHB) Gruppe Hatay zu Ende. Das Gericht verurteilte 15 Angeklagte zu einer Strafe zwischen 4 und 15 Jahren Gefängnis.

Cumhuriyet vom 22.12.1983

4 Angeklagte der KAWA wurden zu jeweils 5 Jahren verurteilt

Das Militärgericht in Elazig verurteilte in Abwesenheit 4 Personen wegen Mitgliedschaft in der illegalen Organisation KAWA zu einer Haftstrafe von je 5 Jahren. 4 weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Ein weiterer Angeklagter erhielt wegen Verstoßes gegen die Verbote des Ausnahmezustandes eine Strafe von 2 Monaten und 15 Tagen.

Hürriyet vom 24.12.1983

Erol Toy wurde zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt

Wegen eines Artikels in der Zeitschrift 'Somut' wurden der Schriftsteller Erol Toy und der Chefredakteur Hayati Asilyazici zu einer Haftstrafe von je 16 Monaten verurteilt, wobei das Urteil gegen den Chefredakteur aufgrund des Pressegesetzes in eine Geldstrafe von 152.000 TL umgewandelt wurde.

Hürriyet vom 25.12.1983

Das DISK-Verfahren wurde mit dem Basin-Is Verfahren zusammengelegt

Die vor den Militärgerichten in Istanbul durchgeführten Verfahren gegen 85 Angeklagte von DISK und 54 Angeklagte von Basin-Is wurden zusammengelegt, so daß die Zahl der Angeklagten auf 139 angestiegen ist. Im DISK Verfahren ist gegen 74 der Angeklagten die Todesstrafe beantragt und 40 Angeklagte befinden sich noch in Haft.

Cumhuriyet vom 29.12.1983

Urteil im Kurtulus-Verfahren von Ankara

Im Verfahren gegen 15 Angeklagte der illegalen Organisation Kurtulus wurde in Ankara das Urteil gefällt. 5 der Angeklagten erhielten Strafen zwischen 5 und 13 Jahren, während die übrigen 10 Angeklagten mangels Beweisen freigesprochen wurden.

Cumhuriyet vom 29.12.1983

Verfahren in Izmir

Vor dem Militärgericht in Izmir erging im Verfahren gegen Halkin Kurtulusu aus Nazilli der Urteilsspruch. 3 Angeklagte wurden wegen Organisationszugehörigkeit zu einer Freiheitsstrafe von 4 Jahren und 2 Monaten verurteilt, während das Gericht in einem weiteren Fall auf Nichtzuständigkeit erkannte.
4 Angeklagte aus Söke waren wegen Mitgliedschaft in Dev-Yol angeklagt worden. Recep Tuncer wurde dabei zu einer Haftstrafe von 5 Jahren verurteilt. Ein weiterer Angeklagter wurde wegen Geistesgestörtheit als nicht straffähig eingestuft, ein anderer Angeklagte wurde mangels Beweisen freigesprochen, während die Akte von Kerim Uzunkäya abgetrennt wurde, da er sich noch auf der Flucht befindet.

Cumhuriyet vom 29.12.1983

In Adana wurde ein Angeklagter zum Tode verurteilt

Vor dem Militärgericht in Adana wurden 5 Angeklagte zum Tode verurteilt, wobei in vier Fällen allerdings diese Strafen in Zeitstrafen verwandelt wurden. Wegen des Mordes an einem Polizeikommissar und wegen Mitgliedschaft in der illegalen Organisation Devrimci Yol wurden 2 Angeklagte zunächst zum Tode verurteilt. Ali Güven jedoch erhielt eine Milderung der Strafe auf 17 Jahre Zuchthaus. Drei Angeklagte der Organisation Emegin Birligi wurden wegen zweifachen Mordes ebenfalls mit dem Tode bestraft, die Strafe von zweien aber wegen Minderjährigkeit auf 20 Jahre und die Strafe des dritten wegen verminderter Beteiligung auf 6 Jahre Zuchthaus gemindert.

Cumhuriyet vom 29.12.1983

Die lebenslängliche Haftstrafe von Levent Babacan wurde bestätigt

Die fünfte Kammer des Militärkassationsgerichtshofes hat die lebenslängliche Haftstrafe für Levent Babacan, der wegen des Mordes an dem ehemaligen Zollminister Gün Sazak verurteilt worden war, bestätigt. Das Gericht bestätigte ebenfalls die Strafen gegen Cem Oz mit

5 Jahren Zuchthaus und Zafer Özcan mit 6 Jahren Zuchthaus.Dadurch sind diese Strafen rechtskräftig geworden.

Cumhuriyet vom 30.12.1983

Der Dichter Ahmet Telli wurde ins Gefängnis gesteckt

Der Dichter Ahmet Telli wurde in die geschlossene Haftanstalt von Ankara geschickt, um seine Strafe von 35 Tagen zu verbüßen. Telli war vor einiger Zeit wegen Kommunismuspropaganda in einem seiner Gedichte zu einer Strafe von 1 Jahr und 3 Monaten verurteilt worden. Das Gericht hatte auf diese Strafe aber die wegen einer anderen Sache angeordnete Untersuchungshaft angerechnet und den Strafvollzug mit 35 Tagen festgesetzt, die Ahmet Telli nun aus der Haft heraus antreten muß.

Cumhuriyet vom 30.12.1983

27 iranische Studenten wurden zu Haftstrafen von je 6 Jahren verurteilt

Wegen der Besetzung des iranischen Konsulats in Istanbul am 6.10.1981 wurden 27 iranische Studenten jetzt vor dem Militärgericht in Istanbul zu Haftstrafen von je 6 Jahren verurteilt. Außerdem werden sie danach für 5 Jahre der Polizeiaufsicht unterstellt.

Cumhuriyet vom 31.12.1983

Der Prozeß gegen den Generalsekretär der SODEP, Atila Sav, begann

Vor dem Amtsgericht in Manyas (Provinz Bandirma) begann der Prozeß gegen den Generalsekretär und den ehemaligen Vorsitzenden der Anwaltskammer der Türkei, Atila Sav. Ihm wird vorgeworfen, bei einer Rede im Kreis Manyas gesagt zu haben, daß seine Partei die Fortführung einer alten Partei sei und sie deshalb existiere. In diesem Sinne äußerten sich auch 2 Polizeibeamte als Zeugen, während 5 weitere Zeugen, ebenfalls öffentliche Bedienstete, sagten, daß eine solche Aussage aus den Worten von Sav nicht hervorgegangen sei und die zwei Zeugen sich wohl verhört hätten. Der Prozeß wurden auf den 15. Februar vertagt. Bis dahin soll die schriftliche Aussage von Atila Sav eingetroffen sein, der selber nicht an dem Prozeß teilnahm und sich lediglich durch zwei Anwälte vertreten ließ.

Cumhuriyet vom 31.12.1983

4 Angeklagte erneut zum Tode verurteilt

Vor dem Militärgericht von Gölcük wurden die Angeklagten Abdullah Vehbi Paksoy, Ihsan Zafer, Cengiz Özkan und Mustafa Yesim erneut zum Tode verurteilt. Die in der ersten Instanz ergangenen Todesurteile waren durch den Militärkassationsgerichtshof aufgehoben worden. Den Urteilen liegt die Beschuldigung der Gründung einer illegalen geheimen Organisation und verschiedene Überfälle und Körperverletzungen zugrunde.

Cumhuriyet vom 31.12.1983

Insgesamt 280 Ermittlungsverfahren gegen Ex-Parlamentarier

Mit der Einrichtung der Großen Nationalversammlung der Türkei wurden auch die Ermittlungsakten gegen 84 ehemalige Parlamentarier von der Zeit seit 1972 an die zuständige Kommission übergeben. Wenn das Parlament eine Untersuchung anordnen sollte, so wird u.a. auch gegen das derzeitige Kabinettsmitglied Kaya Erdem, sowie die MDP-Abgeordneten Kamran Inan und Ferit Melen verhandelt werden können. Die meisten Ermittlungsakten liegen aber gegen Süleyman Demirel (72) und Bülent Ecevit (43) vor. Die Zahl der einzelnen Ermittlungsakten ergibt folgendes Bild:

Süleyman Demirel	72
Bülent Ecevit	43
Ali Naili Erdem	24
Oguzhan Asiltürk	24
Halil Basol	24
Hasan Fehmi Günes	15
Irfan Özaydinli	11
Alpaslan Türkes	8
Ali Topuz	8
Necmettin Erbakan	5
Korkut Özal	4
Nahit Mentese	4

Tercüman vom 28.12.1983

Zu den Angeklagten der Schriftstellergewerkschaft ist Can Yücel hinzugekommen

Zusammen mit dem Angeklagten Can Yücel hat sich die Zahl der Angeklagten im Verfahren gegen die Schriftstellergewerkschaft vor dem Militärgericht in Istanbul auf 19 erhöht. Der wegen seiner Verurteilung im Verfahren gegen die Friedensvereinigung inhaftierte Orhan Apaydin und der mit Haftbefehl gesucht Ataol Behramoglu waren nicht anwesend. Aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes nahm Aziz Nesin an der Verhandlung nur am Vormittag teil.

Cumhuriyet vom 01.01.1984

Seit dem Eingriff vom 12. September wurde gegen 15.000 Vereingsangehörige prozessiert

Seit dem 12. September 1980 wurde gegen 15.000 Angehörige von Vereinen (6304 linker, 859 rechter Ideologie und 7838 unterschiedlicher Anschauung) ein Prozeß eröffnet. Dabei wurden an die 500 Vereinsmitglieder oder Vorstandsmitglieder zu Strafen zwischen 2 Monaten und 12 Jahren verurteilt.
Von den mitgliedstarken Vereinen wurden 49 Vorstandsmitglieder von TÖB-DER zu Strafen zwischen 5 und 12 Jahren, 23 Leiter der Friedensvereinigung zu Strafen zwischen 5 und 8 Jahren und 40 Leiter des Akincilar Vereines (MSP) zu Strafen zwischen 6 Monaten und 4 Jahren verurteilt. Die Angehörigen der Idealistenvereine sind zu einem großen Teil in dem MHP-Prozeß von Ankara angeklagt, während lokale Gerichte meistens eine Schließung des Vereins angeordnet haben. 15 Funktionäre des Vereines Tüm-Der (Beamte) wurden freigesprochen und das Gericht befand außerdem, daß der Verein nicht aufgelöst werden müsse.

Cumhuriyet vom 01.01.1984

Todesstrafe

Das Militärgericht der 3. Armee hat Hamza Gökmen wegen eines ideologischen Mordes mit Folter zum Tode verurteilt, während die anderen zwei Angeklagten Strafen von 3 bzw. 10 Jahren Haft erhielten.

Cumhuriyet vom 03.01.1984

Einstellung des Verfahrens bei 6 Politikern

Das Militärgericht in Istanbul hat befunden, daß es keinen Grund für eine Strafverfolgung für 6 ehemalige Politiker gibt, die zwischen dem 2. Juni und 30. September 1983 in Canakkale verbleiben mußten. Die Militärstaats-

anwaltschaft hatte einen Prozeß gegen Sirri Atalay, Nahit Mentese, Yigit Köker, Metin Tüzün, Hüsamettin Cindoruk und Mehmet Gölhan angestrengt, weil sie sich mit ihrem Antrag auf Entlassung aus der 'Verbannung' gegen das Dekret Nr. 79 gewandt haben sollen.

Cumhuriyet vom 03.01.1984

Prozeß gegen 6 Personen wegen Protest gegen die Wahlen

Vor dem Militärgericht in Istanbul wurde ein Prozeß gegen 6 Personen eröffnet, weil sie sich im Sinne der TKP gegen die Wahlen vom 6. November gewendet haben sollen. Den Angeklagten wird vorgeworfen, daß sie mit Aufklebern, die das Symbol der TKP trugen, gegen die Wahlen protestiert hätten, indem sie diese an verschiedene Stellen klebten.

Cumhuriyet vom 03.01.1984

In Erzincan wurde ein Angeklagter zu lebenslänglich verurteilt

Das Militärgericht der 3. Armee hat einen Angehörigen von Dev-Yol zu einer Freiheitsstrafe von lebenslänglich verurteilt, weil er versucht hatte, die Verfassung zu beseitigen. Die anderen zwei Angeklagten erhielten Strafen von 10, bzw. 15 Jahren. Drei weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

Hürriyet vom 05.01.1984

Die Gefangenen des MHP-Verfahrens bekamen zum ersten Mal Gefängniskleidung angelegt

Im Verfahren gegen die MHP und Idealistenvereinigungen vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara erschienen zum ersten Mal die 127 inhaftierten Angeklagten in Gefängniskleidung. Türkes und Gültekin waren in der Verhandlung nicht anwesend. Die Gefangenen erhielten in dem über 2,5 Jahren andauernden Prozeß zum ersten Mal Einheitskleidung.

Hürriyet vom 06.01.1984

Dozent Yalcin Kücük aus der Haft entlassen

Der Dozent Dr. Yalcin Kücük wurde gestern in der ersten Verhandlung seines Prozeßes wegen beleidigung der Militärstreitkräfte vor dem Militärgericht Nr. 3 in Istanbul aus der Haft entlassen.

Cumhuriyet vom 04.01.1984

Funktionäre von Dev-Maden-Sen vor Gericht

In Istanbul begann der Prozeß gegen 16 Funktionäre der Gewerkschaft Dev-Maden-Sen, die der DISK angeschlossen ist. In der Anklageschrift heißt es, daß die Gewerkschaft im Jahre 1959 gegründet wurde und am 30.11.75 der DISK beitrat. Wegen Verstoßes gegen den § 141 wird gegen die Angeklagten mit Strafforderungen zwischen 6 Jahren, 8 Monaten und 20 Jahren verhandelt.

Cumhuriyet vom 05.01.1984

Haftentlassungsgesuche im DISK-Prozeß abgelehnt

Das DISK-Verfahren in Istanbul wurde mit der Anhörung der Bandaufzeichnungen von dem 1. Ören Kongreß fortgeführt. Die Angeklagten sagten dazu, daß sie zwar auf dem Kongreß gesprochen hätten, daß sie aber nicht sagen könnten, ob die Stimmen auf den Bändern ihnen gehörten. Sehr viele Angeklagten forderten ihre Haftentlassung, da sie nun schon seit 3 Jahren in Haft seien und das Neujahrsfest zu Hause verbringen wollten. Diese Anträge wurden abgelehnt.

Cumhuriyet vom 05.01.1984

Das Dev-Yol Verfahren von Ankara wird Montag fortgeführt

Das große Verfahren gegen Dev-Yol von Ankara mit 707 Angeklagten wird am 9.1.84 fortgesetzt. Zuletzt waren 29 Angeklagte aus der Haft entlassen worden, nachdem die Befragung von 510 Angeklagten abgeschlossen worden war.

Cumhuriyet vom 06.01.1984

Prozeß gegen Gewerkschafter der Sine-Sen begann

Der Prozeß gegen 13 Funktionäre der Gewerkschaft der Werktätigen des Films, Sine-Sen, die der DISK angeschlossen ist, begann in Istanbul. Unter den Angeklagten befinden sich auch die Schauspieler Semre Özdamar und Cüneyt Arkin. Gegen die Angeklagten werden Haftsrafen zwischen 6 Jahren, 8 Monaten und 20 Jahren gefordert.

Cumhuriyet vom 07.01.1984

Verurteilungen

In Izmir wurde der Angehörige der Organisation TDKP, Halkin Kurtulusu, Ali Hidir Aktas, zu einer Freiheitsstrafe von 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.
Vor dem Militärgericht der Kriegsrechtskommandantur Elazig ging der Prozeß gegen 16 Angehörige der illegalen Organisation PKK zu Ende. 6 der Angeklagten wurden zu Freiheitsstrafen zwischen 5 und 13 Jahren verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden mangels Beweisen freigesprochen.

Hürriyet vom 08.01.1984

7 unter Todesstrafe Angeklagte im Artviner Dev-Yol Verfahren freigelassen

Vor dem Militärgericht in Erzurum wurden in dem Dev-Yol Verfahren Artvin 15 Angeklagte aus der Haft entlassen. Unter den aus der Haft entlassenen Personen befinden sich auch 7, gegen die aufgrund von § 146/1 die Todesstrafe beantragt worden war.
Vor dem gleichen Gericht wurden 6 Personen aus dem Dev-Yol Verfahren von Igdir zu Haftstrafen zwischen 3 und 5 Jahren verurteilt.

Cumhuriyet vom 08.01.1984

Neues Verfahren in Izmir

In Izmir wurde ein neues Verfahren gegen 5 Angehörige der Organisation Dev-Yol begonnen. Von den 5 Angeklagten, gegen die Strafen zwischen 3 und 10 Jahren gefordert werden, befinden sich 2 in Haft.

Cumhuriyet vom 08.01.1984

In Erzurum wurden 14 Angeklagte zu verschiedenen Haftstrafen verurteilt

Vor dem Militärgericht in Erzurum gingen verschiedene Prozesse zu Ende. Wegen zweifachen Mordes und Körperverletzung in einem Fall wurden 3 rechtsgerichtete Täter zu Haftstrafen zwischen 4 und 10 Jahren verurteilt.
2 Personen wurden wegen Zugehröigkeit zur PKK zu einer Haftstrafe von je 6 Jahren und 8 Monaten verurteilt.

7 Personen wurden wegen Verbindungen mit Dev-Yol zu Strafen zwischen 2 und 6 Jahren verurteilt.
2 Personen schließlich wurden wegen Kommunismuspropaganda und Flugblattverteilen zu Strafen von je 2 Jahren und 6 Monaten verurteilt.

Cumhuriyet vom 10.01.1984

52 Personen wurden ausgewiesen

Im Zusammenhang mit den seit 2 Wochen andauernden Operationen sollen jetzt 52 Personen ausgewiesen werden. Es handelt sich dabei um Staatsangehörige aus arabischen Staaten, die in Verbindung mit anderen Aktionen im Nahen Osten teilweise auf illegalen Wegen in die Türkei gekommen waren. Diese Personen wurden als 'hochgefährlich' eingestuft und ihre Lichtbilder wurden an alle Grenzstationen geschickt. Die 52 ausgewiesenen Personen, unter denen sich auch 2 Frauen sind, stammen aus Iran, Irak, Syrien, Ägypten und Ghana.

Tercüman vom 11.01.1984

Haftentlassung von Türkes abgelehnt

Der 21. Antrag für eine Haftentlassung des ehemaligen Vorsitzenden der inzwischen verbotenen MHP, Alpaslan Türkes, wurde abgelehnt. Daneben wurden aber der unter Todesstrafe angeklagte Mehmet Irmak und 6 weitere Angeklagte aus der Haft entlassen.

e) VERHAFTUNGEN

In Tarsus wurde ein Lehrer verhaftet, der verdächtig ist, ein Plakat mit Bombe im Jahre 1979 für die Organisation Dev-Yol aufgehängt zu haben. Als dieses Plakat entfernt wurde, hatte ein Polizist seinen Arm verloren (Cumhuriyet vom 15.12.1983).

Der Dev-Sol Militante Tekin Cakmak, der für den Mord an 8 Personen verantwortlich gemacht wird, wurde nach einer bewaffneten Auseinandersetzung mit den Sicherheitskräften im Kreis Hozat tot festgenommen (Tercüman vom 07.12.1983).

Bei Operationen in der Provinz Burdur und Umgebung wurden 24 Rechte, die der aktionistischen Idealistengruppe angehören, festgenommen. Aufgrund ihrer Geständnisse wurden Waffen gefunden, die in die Erde vergraben worden waren (Hürriyet vom 17.12.1983).

Bei einer Operation in Kozluk wurde ein Flüchtiger tot und 24 weitere lebend festgenommen. Aufgrund einer Mitteilung aus der Bevölkerung waren die Gendarmerieeinheiten mit Hubschrauberunterstützung in das Gebiet eingedrungen und sahen sich dem bewaffneten Widerstand der Gruppe gegenüber. Dabei wurde Halit Yildiz getötet. Es wurden außerdem Gewehre und Pistolen, sowie dazugehörige Munition gefunden (Hürriyet vom 18.12.1983).

Nach den Bombenexplosionen in Ankara und Istanbul, sowie der gefundenen Bombe in einem Auto in Izmir wurden an die 500 Verdächtige festgenommen. Etliche Perser, Syrier, Jordanier und Palästinenser wurden nach ihrem Verhör wieder freigelassen (Tercüman vom 24.12.1983).

Bei der Bombenoperation wurde 114 Personen in Polizeigewahrsam genommen (Cumhuriyet vom 23.12.83).

150 verdächtige Ausländer (Touristen) in Polizeigewahrsam (Hürriyet vom 24.12.1983).

An der türkischen-iranischen Grenze wurde ein Schmuggler festgenommen, 4 weitere konnten flüchten (Hürriyet vom 24.12.1983).

Ein Jugendlicher, der ins Ausland fliehen wollte, wurde an der Grenze von Edirne aus dem LKW geholt und verhaftet (Hürriyet vom 25.12.1983).

Bei Operationen zwischen dem 26. Oktober und dem 28. Dezember 1983 wurden im Zuständigkeitsgebiet des 6. Armeekorps 13 Personen der Organisation THKP-C/Acilciler und 18 Personen, die dieser Organisation Waffen beschafft hatten, gefaßt (Cumhuriyet vom 03.01.1984).

In Istanbul wurden 35 Angehörige der illegalen Organisation Dev-Yol gefaßt. Sie hatten sich Geld aus Überfällen auf Goldschmiede besorgt. Bei den Operationen wurden 9 'Wohnungszellen' von den Sicherheitskräften durchsucht (Hürriyet vom 5.1.1984).

f) HAFTBEDINGUNGEN

Tercüman vom 05.01.1984

3 Deutsche beschwerten sich über schlechte Haftbedingungen in der Türkei

Drei Deutsche, die in Istanbul unter dem Vorwurf, verbotene Ware in die Türkei einzuführen, festgenommen worden waren, haben sich laut einem Bericht in der Bild-Zeitung über schlechte Haftbedingungen in der Türkei beschwert. Rudolf Rautenberg, Thomas Weschta und Siegfried Gude hatten die Sachen von dem türkischen Arbeiter Ismail Acikgöz in die Türkei gebracht. Sie brachten nun vor, daß sie festgenommen worden seien, obwohl der Arbeiter gesagt habe, daß es sich nicht um Schmuggler handle. Sie seien in einem 300 Jahre alten Gebäude festgehalten worden und obwohl der Konsulatsvertreter von Istanbul sie drei Mal besucht habe, habe er nichts für ihre Freilassung tun können.

Cumhuriyet vom 05.01.1984

Militärgefängnis Mamak

Die Familien von Gefangenen im Militärgefängnis von Mamak haben dem Staatssekretär im Ministerpräsidentenamt, Hasan Celal Güzel, ein Schreiben überreicht, in dem sie auf die Haftbedingungen in dem Gefängnis aufmerksam machen. Später wurden 4 Vertreter zu einem Gespräch mit Ministerpräsident Turgut Özal vorgelassen, der versprach, das Notwendige zu unternehmen. Danach zeigten sich die Angehörigen beruhigt.
Die Zeitung Hürriyet meldet am gleichen Tag ebenfalls mit Foto, daß die Angehörigen sich mit dem Präsidenten des Parlaments, Necmettin Karaduman, getroffen haben, tid.

Cumhuriyet vom 07.01.1984

74.946 Personen sitzen ein

Der Justizminister Necat Eldem teilte mit, daß sich in den Gefängnissen der Türkei derzeit 46.473 Untersuchungsgefangene, 28.473 Strafhäftlinge und insgesamt 74.946 Personen in Haft befinden. Die Kapazität der Gefängnisse betrage 81.812, wobei es insgesamt 641 Gefängnisse in der Türkei gebe. Davon seien 352 neueren Typs.
Justizminister Eldem gab außerdem an, daß es seit Ausrufung der Republik insgesamt 110 Amnestiegesetze gegeben habe, von denen 9 allgemeine Amnestien gewesen seien. Die Daten der allgemeinen Amnestien wurden folgendermaßen angegeben:
26.12.1923; 16.04.1924; 14.07.1951; 26.10.1960;

18.11.1960; 23.02.1963 03.08.1966, 26.12.1967, 15.05.1974.

Cumhuriyet vom 10.01.1984

In den USA übernimmt der Privatsektor den Betrieb der Gefängnisse

Im Zusammenhang mit der Meldung, daß in den USA der Privatsektor den Betrieb der Gefängnisse übernimmt, wird ein Vergleich der Handhabung vorgenommen. Während in den USA die Unterbringung eines Häftlings derzeit täglich mit 42,3 Dollar (12.690 TL) angesetzt wird und nach der Reform auf täglich 23,5 Dollar (7.050 TL) sinken soll, gibt es in der Türkei keine konkreten Zahlen über Kosten. Allerdings bekommen die Gefangenen in geschlossenen Anstalten 130 TL und in offenen Anstalten 140 TL pro Tag. Dieses Geld soll zwar nach der Haftentlassung wieder zurückgezahlt werden, das passiert in der Realität aber nicht.

Demokratisierung

Tercüman vom 19.12.1983

1782 Wähler von Karacabey werden 4,5 Millionen Strafe zahlen

Es wurde mitgeteilt, daß im Bezirk Karacabey (Bursa) 1782 Wähler, die ohne Angaben von Entschuldigungsgründen nicht an den allgemeinen Wahlen teilgenommen haben, eine Strafe von insgesamt 4,5 Millionen TL zahlen müssen.

Cumhuriyet vom 22.12.1983

Özal lernte die Opposition bei Türk-Is kennen

Der Kongreß von Türk-Is wurde gestern zu einem Forum für die Politiker der Regierung und der Opposition. Sowohl die Führer der vorhandenen Parteien, ANAP, MDP, HP, DYP und SODEP als auch der ehemalige Vorsitzende von Türk-Is und Gründer einer Partei auf der Linken, Halil Tunc, meldeten sich zu Wort. Sofort nach der Rede des Ministerpräsidenten Turgut Özal verlangte Halil Tunc das Wort. Er sagte, daß er keine Politik machen wolle und führte dann aus: *"Das Regierungsprogramm ist nichts Neues. Die Personen, die dieses Programm verwirklichen und die Weltanschauungen existieren seit 4 Jahren."*
Danach begann es im Saal lauter zu werden. Insbesondere einige Abgeordnete der ANAP protestierten, worauf Halil Tunc ihnen zurief, daß sie gerade erst zu Parlamentariern geworden seien und ihn anhören müßten. Wenn er nicht frei reden könne, dann sei in der Türkei auch keine Rede von einer Demokratie. Im weiteren Verlauf drückte Halil Tunc aus, daß man die Rechte der Arbeiter auf einer legalen Basis zurückholen werde, daß dazu aber die Besetzung des Parlaments derzeit nicht angemessen sei. Ihm wurde daraufhin vorgehalten, daß er keine Achtung vor dem 'nationalen Willen' habe. Zuvor war es bei dem Kongreß schon zu einer Unstimmigkeit im Protokoll gekommen. Die Parteiführer sollten sich in die zweite Reihe setzen, wie es der Führer der DYP auch tat. Als jedoch Turgut Sunalp eintraf und sich direkt in die erste Reihe setzte, wurde er zunächst auf das Protokoll aufmerksam gemacht. Als er dann jedoch Anstalten machte, den Saal wieder zu verlassen, wurde das Protokoll kurzerhand geändert.

Cumhuriyet vom 23.12.1983

Tuncsiper: Die Todesstrafe soll aufgehoben werden

Der Abgeordnete der ANAP für Balikesir und Mitglied in dem Ausschuß für innere Angelegenheiten, Necat Tuncsiper, sprach sich für eine Teilamnestie und die Aufhebung der Todesstrafe für Vergehen nach dem türkischen Strafgesetz aus. Er hatte diese Ansichten schon bei den Gesprächen zum Regierungsprogramm zum Ausdruck gebracht. Zur Abschaffung der Todesstrafe führte er aus, daß das Leben von Allah gegeben sei und niemand das Recht habe, es wieder zu nehmen. Aus diesem Grund sprach er sich für eine Abschaffung der Todesstrafe aus.

Cumhuriyet vom 25.12.1983

Özals Regierung bekam Vertrauen

Die Regierung von Turgut Özal wurde gestern durch das Parlament bestätigt. Von 393 anwesenden Mitgliedern der Großen Nationalversammlung stimmten 213 Mitglieder für Özal, 115 Mitglieder stimmten mit Nein und 65 Mitglieder enthielten sich der Stimme. Die 4 unabhängigen Kandidaten stimmten für die Regierung. Dabei wurden sie von den Abgeordneten der ANAP applaudiert.

Hürriyet vom 07.01.1984

Özal bließ den Marsch

Nach der Fraktionssitzung der Vaterlandspartei gab der Ministerpräsident Turgut Özal bekannt, daß der Termin für die kommunalen Wahlen auf den 25. März 1984 falle. Auf die Frage, ob es bis dahin notwendig sei, daß alle Parteien ihre Parteitage abgehalten haben, gab Özal als Antwort an: *"Wir können sagen: die Schlacht ist offen. Alle dachten, daß wir uns fürchten würden. Wir haben uns so verhalten, damit die Kämpfer auf die Matte kommen."* Nach der Verlautbarung können also auch die nicht im Parlament vertretenen Parteien an den Kommunalwahlen teilnehmen.
Als erste Reaktion auf diese Entscheidung protestierte der Vorsitzende der MDP, Turgut Sunalp, dagegen, daß dieser Beschluß nicht auf demokratische Weise zustande gekommen sei. Er kritisierte insbesondere, daß der Beschluß noch vor der Abstimmung im Parlament durch Özal bekannt gegeben worden sei.Der Vorsitzende der HP, Necdet Calp, kritisierte dieses Verhalten ebenfalls und meinte, daß ein Termin Ende oder Anfang April günstiger gewesen wäre.

Hürriyet vom 08.01.1984

HP: "Das Gesetz für die Kommunalwahlen muß aufgehoben werden"

Von der Fraktion der Populistischen Partei wurde vorgebracht, daß das Gesetz zu den Kommunalwahlen, daß in der Großen Nationalversammlung der Türkei verabschiedet wurde, ungültig sei. Das Gesetz sei überstürzt verabschiedet worden und man habe auch keine Rücksicht auf eine 24-stündige Bedenkzeit für die Opposition gelassen. Darüber hinaus gebe es weitere Bedenken im Gesetz, wie die Jahreszeit und die geographischen Gegebenheiten. Unter Umständen werde man das Verfassungsgericht anrufen oder sich direkt an den Staatspräsidenten wenden.
Der WDR (türkische Sendung) meldete am 12.1.84, daß Staatspräsident Kenan Evren ein Veto gegen das Gesetz eingelegt habe, tid.

Hürriyet vom 08.01.1984

Halil Tunc hat sich von den Aktivitäten um eine Parteigründung zurückgezogen

Der ehemalige Vorsitzende von Türk-Is, Halil Tunc, der gemeinsam mit Murteza Celikel, Sedat Akman und Aycan Giritoglu bemüht war, eine Partei der demokratischen Linken aufzubauen, hat sich von diesen Aktivitäten zurückgezogen. Als Begründung wurde sein schlechter Gesundheitszustand angegeben. Auf die Nachfrage, ob es zu Unstimmigkeiten unter den Gründern gekommen sei, sagte er, daß er momentan nicht mehr zu sagen habe, als daß es aus Gesundheitsgründen so sei.

Tercüman vom 09.01.1984

Erste Pressekonferenz von Özal als Ministerpräsident

Auf seiner ersten Pressekonferenz als Ministerpräsident gab Turgut Özal Informationen über die bisherige Arbeit der Regierung. Dabei betonte er insbesondere den Kampf mit der Bürokratie. Den Schwerpunkt bildeten Aussagen zu wirtschaftlichen Fragen, wobei er die Ansicht vertrat, daß man mit Sicherheitsmaßnahmen keine Devisen ins Land bringen könne.
Özal verwies auch darauf, daß bestimmte Fragen im Zusammenhang mit den im Ausland beschäftigten Arbeitern erneut zur Verhandlung kommen sollten. In Bezug auf die Beziehungen zu Europa meinte er, wenn man der Türkei kein Vertretungsrecht im Europarat einräume, dann können man sich vollständig aus diesem Gremium zurückziehen.

Tercüman vom 09.01.1984

6 Parteien bereiten sich auf die Kommunalwahlen vor

Neben den drei im Parlament vertretenen Parteien haben es weitere 3 Parteien geschafft, die Hürde der Organisierung in den Provinzen zu überwinden. Es sind dies: Partei des Rechten Weges (DYP), Partei der Sozialen Demokratie (SODEP) und die Wohlstandspartei (RP).

Cumhuriyet vom 09.01.1984

INITIATIVE DER 35

In der Partei der Nationalen Demokratie, MDP, hat nach der Wahlniederlage vom 6.11.83 eine interne Auseinandersetzung begonnen, die in der Initiative der 35 ihren Niederschlag fand. Dieser Begriff kursierte zwischen dem 18. und 28. Dezember 1983 in der türkischen Presse und bezeichnet die Tatsache, daß 35 Provinzvorsitzende der MDP eine Deklaration unterschrieben, in der sie den Rücktritt des Vorsitzenden Turgut Sunalp forderten. In dieser Erklärung wurde auch darauf verwiesen, daß die MDP nicht die Politik der Regierung verfolgen solle, sondern die Fehler der jetzigen Regierung aufs Schärfste kritisieren müsse. Wenn der Vorsitzende der ANAP vor den Wahlen versprochen habe, die Probleme des Landes in 6 Monaten zu lösen und nun von sich aus diese Frist auf 2 Jahre verlängere, so müsse das kritisiert werden. Die Erklärung war von den Provinzvorsitzenden aus Ankara, Izmir, Bursa, Cankiri, Denizli, Adiyaman, Mugla, Aydin, Adapazari, Bolu, Sivas, Mus, Hakkari, Van und anderen Provinzen unterschrieben. Neben der Kritik an der Erfolglosigkeit der Partei, die im wesentlichen auf das Konto des Vorstandes und des Sekretariats gehe, wurde auch der Vorschlag gemacht, ein Zusammengehen mit der DYP gründlich zu erwägen (Tercüman vom 19.12.1983).
Als erste Reaktion auf diese Initiative behauptete der Vorsitzende der MDP, Turgut Sunalp, daß ein trojanisches Pferd in ihren Reihen sei (Tercüman vom 20.12.1983). In Cumhuriyet meldeten sich am gleichen Tag zwei Unterschreiber der Deklaration zu Wort und wandten sich gegen die Gerüchte, daß sie aus dem Amt entlassen werden würden. Der Provinzvorsitzende von Izmir, Yüksel Öke, sagte dabei, daß sie niemand des Amtes entheben könne, da dann keine MDP mehr existieren würde. Ein Gründungsmitglied der MDP, Izzettin Dogan, erwähnte, daß es wohl nicht übertrieben sei, wenn
man jetzt schon sage, daß die MDP in kurzer Zeit eingehen werde (Cumhuriyet vom 20.12.1983).
Obwohl in den darauf folgenden Tagen die Reaktionen auf die Deklaration weiterging, hielten die meisten der Unterzeichner an ihren Aussagen fest. Turgut Sunalp selber bezeichnete die Sache als abgekartetes Spiel, hinter dem nur persönliche Machtgedanken stünden (Tercüman vom 21.12.1983). Sowohl der Provinzvorsitzende von Antalya, Celal Sönmez, als auch der Kandidat von Mugla und mit einem Veto als Gründer belegte Ahmet Buldanli sagten, daß sie ihre Unterschriften nicht zurückgezogen hätten (Cumhuriyet vom 23.12.1983). Die Diskussion darüber, ob man einige der Unterzeichner vor den Disziplinarausschuß der Partei zitieren solle, führte zu dem Schluß, daß dieses eine Welle von Austritten aus der Partei auslösen könne und man deshalb auf disziplinarische Maßnahmen besser verzichten solle (Cumhuriyet vom 27.12.1983).
Bisher sind noch keine weiteren Konsequenzen aus der Erklärung hervorgegangen.

ENTWICKLUNGEN DER AUßERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITON

Nach dem unerwarteten Wahlausgang vom 6.11.83 scheint sich die außerparlamentarische Opposition, wie sie in den nicht zu den Wahlen zugelassenen Parteien vertreten ist, doch einiges zuzutrauen. In fast schon provokant anmutender Weise verhalten sie sich jetzt gerade so, wie sie vor den Wahlen durch den Nationalen Sicherheitsrat sanktioniert wurden. Das heißt, es treten nun wieder die Personen in die Parteien ein, die zuvor mit einem Veto als Gründer belegt wurden, man wählt die abgelehnten Kandidaten wieder in die alten Positionen und bei der Partei des Rechten Weges (DYP) wiederholt man das Spielchen mit dem Eintritt der Ex-Politiker der AP, das bei der Partei der Großen Türkei zum Verbot dieser Partei führte.
Professor **Erdal Inonü** wurde am 17.12.1983 wieder zum Vorsitzenden der SODEP gewählt (Tercüman vom 19.12.1983). Einen Tag darauf wird **Atila Sav**, ehemaliger Vorsitzender der Anwaltskammer der Türkei, und ebenfalls abgelehnte Gründungsmitglied der SODEP, wieder zum Generalsekretär der Partei berufen (Cumhuriyet vom 20.12.1983. Einige Tage darauf treten in Tekirdag 119 Mitglieder der verbotenen CHP in die SODEP ein (Cumhuriyet vom 24.12.1983).
Ab Mitte Dezember treten der DYP wieder in größerem Ausmaße Ex-Parlamentarier der AP bei. Einer dieser Politiker ist **Hüsamettin Cindoruk**, der zu den 16 nach Canakkale verbannten Politikern gehörte und dessenwegen den Ex-Provinzvorsitzenden eine Beteiligung bei dem Aufbau von Parteien untersagt wurde. Bei seiner ersten Rede nach der Aufnahme in die Partei beginnt er seine Worte mit dem Satz:*"Wo waren wir stehengeblieben?"* Danach fährt er fort: *"Parteien werden durch die Nation und nicht den Staat gegründet, falls der Staat Parteien gründet, wird die Nation sie wieder verbieten."* (Cumhuriyet vom 19.12.1983). Bei dieser Versammlung wurde auch die Jorunalistin der Zeitung Tercüman zum Ehrenvorsitzenden der Provinz Istanbul ernannt und ihr wurde applaudiert. Der Provinzvorsitzende von Istanbul,

Yasar Keceli, sagte, daß er die Fahne, wie er sie von Hüsamettin Cindoruk erhalten habe (er war Provinzvorsitzender der AP gewesen), weitertragen werde. Der Vorsitzende der DYP, **Yildirim Avci**, betonte, daß es in der Geschichte viele Beispiele von Staatsoberhäupten gegeben habe, die man hingerichtet habe, aber auch solche, denen man später ein Denkmal gesetzt habe. Darüber hinaus gebe es aber auch unzählige Beispiele dafür, daß die großen Männer einer bestimmten Zeit später zwischen den verstubten Seiten eines Archivs verschwunden seien (Cumhuriyet vom 19.12.1983).
Während **Nazli Ilicak** auf den Geist von 1946 verweist (hier ruht die Tradition der DP, zu der sich die AP immer bekannt hat, tid), treten weitere 20 Parlamentarier, 8 Gründungsmitglieder der verbotenen BTP, insgesamt 128 Personen in die Partei von Istanbul ein. Allein in der Provinz Manisa sind es in vier Tagen 5000 Personen, die in die DYP eintreten (Tercüman vom 20.12. 1983).
In Izmir treten **Osman Kibar** (Ex-Bürgermeister) und weitere 18 Parlamentarier in die DYP ein. Gleich darauf sind es weitere 24 Ex-Parlamentarier, die in Izmir als Mitglied aufgenommen werden (Cumhuriyet vom 21. und 22.12.1983). In Mersin treten 150 Personen aus der MDP aus und in die DYP ein (Cumhuriyet vom 23. 12.1983). In Tarsus treten 180 Personen aus der ANAP aus und in die DYP ein (Cumhuriyet vom 25.12.1983). An einem Tag treten 580 Personen, darunter 5 ehemalige Parlamentarier in die MDP ein (Tercüman vom 26.12.1983). In Urfa treten an einem Tag 3000 Personen in die DYP ein (Tercüman vom 29.12.1983). Den Schlußpunkt setzt der Beitritt des Ex-Außenministers und ebenfalls nach Canakkale verbannten AP-Politikers **Ihsan Sabri Caglayangil** mit seinem Beitritt am 30.12.83. An diesem Tage treten weitere 31 Ex-Parlamentarier der DYP bei (Tercüman vom 01.01.84).
Auch in der Konservativen Partei (MP) findet eine ähnliche Entwicklung statt (in dieser Partei ist ein Teil der alten MHP organisiert, tid). Am 24.12.1983 treten 40 abgelehnte Gründungsmitglieder dieser Partei wieder bei (Cumhuriyet vom 25.12.1983). Kurz darauf tritt der stellvertretende Vorsitzende der verbotenen MHP, **Ismail Hakki Yilanlioglu**, der Partei bei (Cumhuriyet vom 30.12.1983).

AMNESTIE

Das Thema Amnestie, das wir im letzten infodienst schwerpunktmäßig behandelt haben, hat seine Aktaalität bewahrt, bzw. noch weiter gesteigert, obwohl bislang noch keine konkreten Schritte im Parlament zu verspüren sind. Schwierigkeiten scheint das Thema deshalb zu bereiten, weil die Verfassung eben nur für einen bestimmten Kreis von Personen eine Amnestie zuläßt. Von der Zeitung Tercüman und der MDP wird bei der Diskussion um eine Amnestie stets der Ausdruck *'Schicksalsopfer'* verwandt. Ministerpräsident **Turgut Özal** hat in diesem Zusammenhang aber mit Recht darauf verwiesen, daß die Rechtssprechung der Türkei einen solchen Begriff nicht kennt, und es kaum möglich wird, nach einer solchen Kategorie eine Amnestie vorzunehmen.Dennoch nahm der Abgeordnete der MDP aus Kütahya, **Abdurrahman Karaa**, diesen Begriff in seinen ersten parlamentarischen Vorstoß mit auf, obwohl er sich der Presse gegenüber nicht genau festlegen wollte. Er sagte jedoch,daß die Amnestie sowohl die 'Schicksalsopfer', als auch Angehörige der Presse und beschränkt auch ehemalige Politiker einschließen sollte (Tercüman vom 25.12.1983).
Das Justizministerium hat sich bisher immer sehr vorsichtig zu dem Thema geäußert. Justizminister **Necat Eldem** betonte dabei, daß es bisher noch keinen entsprechenden Entwurf aus seinem Ministerium gibt. Gleichzeitig wird gemeldet, daß MDP und ANAP nur für eine Teilamnestie sind, bei der politische Straftaten ausgeschlossen werden sollen, während die HP eine weitergehende Amnestie vertritt (Cumhuriyet vom 26.12.1983).
Der Vorsitzende der DYP, **Yildirim Avci**, greift die Terminologie der Tercüman und MDP auf und fordert eine Amnestie für die Opfer von 'Unglück und Schicksal' (Cumhuriyet vom 27.12.1983).
Eine neue Stimme taucht aus den Reihen der MDP mit dem Abgeordneten der MDP aus Izmir, **Isilay Saygin**, auf. Er fordert eine Amnestie für alle Vergehen der Meinung und des Gedankens, möchte dabei aber alle verurteilten Anarchisten ausgenommen haben (Cumhuriyet vom 27.12.1983).
Eine weitere Antwort auf die Diskussion der Amnestie gibt der Justizminister Necat Eldem der Zeitung Tercüman. Er führt an, daß man an dieses Problem sehr vorsichtig herangehen müsse, gibt aber zu, daß die Überbelegung der Gefängnisse ein ernsthaftes Problem darstellt. Seine Zahlen sind dabei: 47.781 Strafgefangene, darunter 2348 wegen terroristischer Vergehen, zusammen mit den Untersuchungshäftlingen eine Zahl von 80.107 Gefangenen. Dafür solle in den folgenden Jahren der Bau von Gefängnisses neuen Typs (vermtl. Typ E) beschleunigt werden. 34 soll es davon noch geben und weitere 102 Neubauten von Gefängnissen würden ebenfalls beschleunigt (Tercüman vom 28.12.1983).
Da sich die Meinungen in den nächsten Tagen sehr stark häufen, fassen die Zeitungen nur noch die wichtigsten Äußerungen in ihren Meldungen zusammen. Professor **Kemal Dal** äußert sich dabei in der Weise, daß es eine Sache der Regierung sei und er sich deshalb nicht dazu äußern könne. Die Abgeordnete der HP aus Ordu, **Bahriye Ücok**, spricht sich für eine politische Amnestie aus und möchte unpolitische Täter von einer Amnestie ausschließen, weil sie nach der Haftentlassung wieder straffällig werden. Der Generalsekretär der MDP, **Dogan Kasaroglu**, möchte die Schicksalsopfer begnadigt haben. Für ihn scheiden die Ex-Politiker als amnestiefähig aus. Seine Partei wartet aber darauf, daß die Regierung einen Entwurf einbringt (Cumhuriyet vom 28.12.1983).
Die Populistische Partei (HP) spricht sich für eine weitgehende Amnestie aus. Ihr Sprecher, **Sururi Baykal**, gibt dies auf einer Fraktionsversammlung an. Gleichzeitig sagt er aber auch, daß es in der Partei noch keine Initiative in diese Richtung gebe, weil ein solcher Entwurf noch nicht ins Parlament eingebracht worden sei (Tercüman vom 29.12.1983).
Die Schriftstellerin **Adalet Agaoglu** gibt der Diskussion dadurch eine neue Dimension, indem sie nicht nur einfach eine Amnestie fordert, sondern gleichzeitig Initiativen fordert, die die Straffälligkeit bestimmter Personen verhindert (Cumhuriyet vom 02.01.1984).
Der Herausgeber der Cumhuriyet, **Nadir Nadi**, greift diesen Gedanken in seiner Kolumne auf und fordert gleichzeitig, daß die Parteien dieses Thema nicht zum Stimmenfang ausschlachten (Cumhuriyet vom 03.01.83).
Ugur Mumcu macht in seiner Kolumne darauf aufmerksam, daß es wahrscheinlich für Schmuggler und andere Kriminelle über kurz oder lang eine Amnestie geben wird. Er stellt die aufgrund der Bestimmungen der Verfassung berechtigte Frage, ob es nicht ungerecht ist, daß die politischen Gefangenen von einer Amnestie ausgeschlossen bleiben (Cumhuriyet vom 03.01.83).
Überhaupt geht die Diskussion um die Amnestie in den ersten Tagen des neuen Jahres mit gesteigerter Vehemenz weiter. Dabei meldet sich z.B. auch der Anwalt und Kolumnist der Tercüman, **Ergun Göze**, zu Wort. Er spricht sich für eine sehr differenzierte Amnestie aus, bei der die 'Feinde des Vaterlandes und der Nation' als Letzte bedacht werden sollen (Tercüman vom 05.01.84).
An allen Tagen, bis zum 07.01.1984 veröffentlicht Cumhuriyet Aussagen von Personen des öffentlichen Lebens

zum Thema Amnestie. Das Wochenblatt 'Nokta' hat dieses Thema ebenfalls aufgegriffen und auch die Karrikaturzeitschrift 'Girgir' widmet ihre erste Seite diesem Thema. Dann folgt der Schlag. Die Kriegsrechtskommandanturen verbieten eine weitere Publikation zu dem Thema. Damit wird die Praxis der Zeit vor den Wahlen fortgeführt. Bei unliebsamen Berichten wird ganz einfach per Telefon ein Publikationsverbot erlassen, das in der Öffentlichkeit kaum bekannt wird. Im Ausland berichtete lediglich die *Frankfurter Rundschau* darüber. **EINE KAMPAGNE ZUR AMNESTIE KANN ALSO NUR NOCH AUS DEM AUSLAND KOMMEN.**

Wirtschaft

Hürriyet vom 21.12.1983

"Der Mindestlohn reicht nicht aus, um menschlich zu leben"

Der Vorsitzende der obersten Schiedsstelle, Naci Varlik, erklärte, daß sie in diesem Monat mit den Vorarbeiten zur Bestimmung des Lohnzuschlags bei 500 Tarifabkommen begonnen hätten. Varlik sagte:*"Der Mindestlohn von 12.000 Lira reicht nicht aus, um menschenwürdig zu leben. Wir werden uns bemühen, daß der Lohnzuschlag eine Höhe hat, bei der der Anstieg der Lebenshaltungskosten wettgemacht werden kann."*

Hürriyet vom 27.12.1983

Side hat gewonnen

Sevket Yilmaz kandidierte bei der Wahl des Türk-Is-Vorsitzenden als einziger und konnte bei 349 Delegiertenstimmen 192 auf sich vereinigen. Damit wurde Yilmaz zum Vorsitzenden der Türk-Is gewählt. Der seit Tagen andauernde Streit um den Posten des Generalsekräters wurde durch die Wahl von Sadik Side mit 171 Stimmen zum Generalsekretär abgeschlossen.

Hürriyet vom 29.12.1983

Staatshilfe für die Arbeitnehmergesellschaften

Handels- und Industrieminister, H.Cahit Aral, richtete einen Appell an unsere Landsleute im Ausland und sagte, daß industrielle Investitionen gefördert werden. Aral erklärte u.a.:*"Unsere Probleme im allgemeinen sind bekannt. Wir wollen aber dennoch vorwiegend solche Arbeitnehmergesellschaften unterstützen, die das Gleichgewicht zwischen Eigen- und Fremdfinanzierung herstellen konnten, keine Menagement-Fehler haben, über genügend Führungskräfte verfügen und konkurrenzfähig sind."*

Cumhuriyet vom 30.12.1983

Ausländischen Waren wurde Tür und Tor geöffnet

Die Richtlinien bei Import und Export wurden im Amtsblatt veröffentlicht und traten damit in Kraft. Der Import von dauerhaften Konsumgütern unterliegt keiner Beschränkung mehr. Die Prämien, die beim Import dieser Waren eingezahlt werden müssen, fließen in den Wohnungsbaufonds.

Tercüman vom 01.01.1984

Beim Einkauf darf man mit ausländischer Währung zahlen

Neue Bestimmungen beim Devisenhandel traten in Kraft. Es wurde beobachtet, daß die Banken ihre Vorbereitungen im Zusammenhang mit neuen Bestimmungen abzuschließen versuchen. Nach dem neuen Gesetz darf jeder türkische Staatsbürger ein Devisenkonto eröffnen und die Zinsen seiner Ersparnisse in Devisen auszahlen lassen. Die Banken sind verplichtet, 20% der eingezahlten Devisen bei der Zentralbank abzuliefern.
Das neue Gesetz unterstellt den Devisenhandel keinerlei Beschränkung und sieht vor, nach dem Ursprung der eingezahlten Devisen nicht zu fragen. Bei einer Auslandsreise dürfen türkische Staatsbürger 3000 Dollar mitnehmen.
Ferner unteliegt nach dem neuen Gesetz der Handel mit Wertpapieren keiner Beschränkung. Auslandskapital kann in jeder Menge in die Türkei eingeführt werden und Wertpapiere, die gegen Devisen eingekauft wurden, können frei ausgeführt werden.

Hürriyet vom 04.01.1984

Die Banken bieten unterschiedliche Preise für Devisen an

Am ersten Tag im neuen Jahr herrscht bei den Banken ein Preischaos für angebotene Devisen. Nach dem neuen Devisenhandelsgesetz müssen die Banken die Wechselse selber betimmen. Trotzdem waren gestern eine Reihe von Banken nicht in der Lage, ihre Wechselkurse bekannt zu geben und danach Devisen anzunehmen.

Hürriyet vom 05.01.1984

Investitionsfirmen werden gegründet

Staatsminister und Regierungssprecher, Mesut Yilmaz, erklärte, daß man über die Rückkehr unserer Arbeiter im Ausland mit den Deutschen ernstlich verhandeln will. Yilmaz sagte:*"Um die Ersparnisse unserer Arbeiter im Ausland zu verwerten wollen wir statt der Arbeitnehmergesellschaften das Modell der Investitionsfirmen unter deutscher Beteiligung favorisieren."*

Cumhuriyet vom 31.12.1983

Küchenausgaben einer 4-köpfigen Familie: 37.603 Lira

Die Küchenausgaben, die notwenidg sind, um eine 4-köpfige Familie ausreichend zu ernähren, sind im Monat Dezember auf 37.602,5 Lira angestiegen. Dies bedeutet im Vergleich zum Vormonat eine Steigerung um 0,8 %. Bei folgenden Grundnahrungsmitteln kam es zu Preissteigerungen: Schafskäse, Eier, Mehl, Nudeln, Reis, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Sonnenblumenöl und Gaskartuschen. Bei Gemüse und Obst zeichnete sich ein Preisrückgang ab. Hier die Durchschnittspreise der Nahrungsmittel pro Kilogramm bzw. Stück:

Schafskäse	550 Lira
Oliven	380 Lira
Zucker	102,5 Lira
Tee	650 Lira
Brot	30 Lira
Fleisch	850 Lira
Milch	120 Lira
Joghurt	200 Lira
Eier	22,5 Lira
Mehl	100 Lira
Nudeln	170 Lira
Reis	190 Lira
Hülsenfrüchte	185 Lira
Gemüse	85 Lira
Obst	100 Lira
Margarine	280 Lira

Sonnenblumenöl	325 Lira
Olivenöl	350 Lira
Butter	1.100 Lira
Gaskartuschen	1.230 Lira

(Die Grafik zeigt die Beträge der Küchenausgaben für den jeweils Monatsersten beginnend mit dem 1.Januar 1983.)



Internationale Beziehungen

Cumhuriyet vom 24.12.1983

Über die Incirlik-Vereinbarung wird im Parlament nicht debattiert

Es wurde in Erfahrung gebracht, daß die Incirlik-Vereinbarung mit den USA, die auf dem Wege eines Briefaustausches zustande gebracht wurde, dem Parlament zur Bestätigung nicht vorliegen wird. Verteidigungsminister Zeki Yavuztürk sagte:*"Ich habe keine Ahnung von der Incirlik-Vereinbarung"*. **Außenminister Vahit Halefoglu dagegen bemerkte:** *"Das könnte eine Überraschung sein"*

Die Opposition im Parlament verlangt, daß die Incirlik-Vereinbarung, die in Form eines Briefaustausches zwischen der Türkei und den USA ausgehandelt wurde, dem Parlament zur Bestätigung vorgelegt wird. Die Regierungspartei hingegen vertritt die Ansicht, daß die getroffene Vereinbarung dem Parlament nicht vorgelegt zu werden braucht.

Ein Abgeordneter der Oppositionspartei äußerte seine Meinung zu diesem Thema so:*"Es ist möglich, daß die getroffene Vereinbarung vom Parlament nicht bestätigt zu werden braucht. Doch wir müssen die Demokratie in Gang bringen. Deshalb ist es die Pflicht der Regierung, vor dem Parlament Rechenschaft abzulegen. Es muß klar sein, was für Engagements der Vertrag mit sich bringt. Der Vertrag ist technisch ausgerichtet, hat aber offensichtlich politische Konsequenzen. Es ist bezeichnend, daß für die letzten Bombenanschläge in Ankara und in Izmir u.a. ein Iraner und ein Syrer verantwortlich gemacht werden."*

Während dies die Meinung der Opposition war, was hatte der Finanz- und Zollminister der Regierungspartei zur Sache zu sagen ? Finanzminister Vural Arikan äußerte sich zum ökonomischen Beitrag der Incirlik-Vereinbarung:*"Soll ich Ihnen mal ein Geheimnis verraten ? Dann hören Sie mal gut zu: Haben Sie jemals Kohlsalat gegessen ? Kaufen Sie sich erst einmal einen weißen Blumenkohl ! Erst müssen Sie es kochen, dann kleinschneiden. Nachdem Sie bißchen Zwiebel und Tomaten dazu getan haben, müssen Sie Pfeffer streuen und dann zum Kühlen in den Kühlschrank tun".*

Tercüman vom 18.12.1983

An der Türkei-Hilfe der USA wurden Kürzungen vorgenommen

Präsident Ronald Reagen hat an den für das Jahr 1984 an die Türkei zu leistenden Militär- und Wirtschaftshilfen eine Kürzung vorgenommen.

Präsident Reagen hat gestern an den US-Kongreß einen Brief geschickt, wonach er an die Türkei 715 Millionen Dollar Militär- und 138.5 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe vorsieht. Mit der Bewilligung der neuen Wirtschafts- und Militärhilfe hat Präsident Reagen das Verhältnis 7 zu 10 zwischen der Türkei und Griechenland eingehalten.

Cumhuriyet vom 19.12.1983

Die USA wollen in der Türkei Cruise-Missiles stationieren

Laut einem Bericht der englischen Zietung 'The Sunday Times' will die US-Führung in einigen Ländern, u.a. in der Türkei, Cruise-Missiles mit konventionellem Sprengkopf stationieren.

Tercüman vom 22.12.1983

Von Hassel:"Der Wille der Türkei zur Demokratie zurückzukehren, steht außer Frage"

Nach einem unerwarteten Besuch in der Türkei erklärte der Berichterstatter des Europa-Parlaments in Sachen Türkei, Kai Uwe Von Hassel, daß in der Türkei die Parteien, das Parlament, die Regierung und das Volk entschlossen seien,zu einer stabilen und dauerhaften Demokratie zurückzukehren.

Cumhuriyet vom 10.01.1984

Vorschlag der USA für 1985: Hilfe in Höhe von 950 Millionen Dollar

Es wird gemeldet, daß die Reagan-Administration dem US-Kongreß vorgeschlagen hat, der Türkei für das Jahr 1985 eine Hilfe in Höhe von 950 Millionen Dollar zu gewähren.

Tercüman vom 08.01.1984

Der Europarat in Aufregung

Der Türkei-Berichterstatter des Rechtsausschusses des Europarates antwortete auf die Fragen von Tercüman und sagte, daß die Parlamentarierversammlung des Europarates in diesem Stadium die Frage der Minderheiten auf die Tagesordnung setzen und zum Werkzeug der Ar-

menier und anderer ethnischer Minderheiten wird.

Tercüman vom 12.01.1984

Wir enthüllen

Unsere Zeitung Tercüman hat den Resolutionsentwurf zur Türkei, der dem Europarat vorgelegt werden soll, und einen befehlenden Charakter hat, in die Hände bekommen.
Der Entwurf soll Ende Januar der beratenden Versammlung vorgelegt werden und sieht vor, daß die Verfassung und die Gesetze demokratisch angewendet, das Kriegsrecht aufgehoben und politische Gefangene freigelassen werden. Darüber hinaus geht die Resolution davon aus, daß der Europarat die erzielten Fortschritte vor Ort nachprüft sich damit in unsere Angelegenheiten einmischt.

Tercüman vom 12.01.1984

Özal: Wir können unsere Beziehungen zum Europarat abbrechen

Ministerpräsident Özal sagte:„ *Sollte der Europarat seine Haltung gegenüber der Türkei im Sinne der Politik vor den Wahlen fortsetzen und unsere Vertreter zurückweisen, dann könnte der Moment kommen, wo wir unsere Beziehungen endgültig abbrechen müssen.* "

Hürriyet vom 20.12.1983

Für die F-16 wurde die erste Zahlung geleistet

Im Zusammenhang mit dem Bau von F-16-Flugzeugen in der Türkei wurden dem amerikanischen Verteidigungsministerium jetzt als erste Zahlung 17,2 Millionen Dollar überwiesen. 36 Monate nach dieser ersten Zahlung wird die erste F-16 der Türkei übergeben werden.
Insgesamt sollen in der Türkei in türkisch-amerikanischer Zusammenarbeit 152 F-16 gebaut werden.

BRD

Hürriyet vom 21.12.1983

Yalcin Özbey beantragte in Deutschland Asyl

Yalcin Özbey, der in Bochum inhaftiert ist und von dem Mehmet Ali Agca behauptet, daß er der Mörder von Abdi Ipekci sei, hat jetzt Asyl beantragt.
Özbey ließ über seinen Verteidiger mitteilen, daß er in der Türkei als politischer Straftäter gesucht werde.
Bei seiner Verhaftung in Stuttgart hatte Özbey falsche Konsulatsstempel und Pässe bei sich. Die Bochumer Staatsanwaltschaft, die das Verfahren übernahm, stellte fest, daß Özbey falsche Unterlagen vorgewiesen hatte, um einen Kredit zu bekommen.
Der Bochumer Oberstaatsanwalt Hirsch sagte, daß aus der Türkei keine Anschuldigungen gekommen seien und man keine Hinweise darauf habe, daß Özbey an Terrorereignissen teilgenommen habe.

Hürriyet vom 25.12.1983

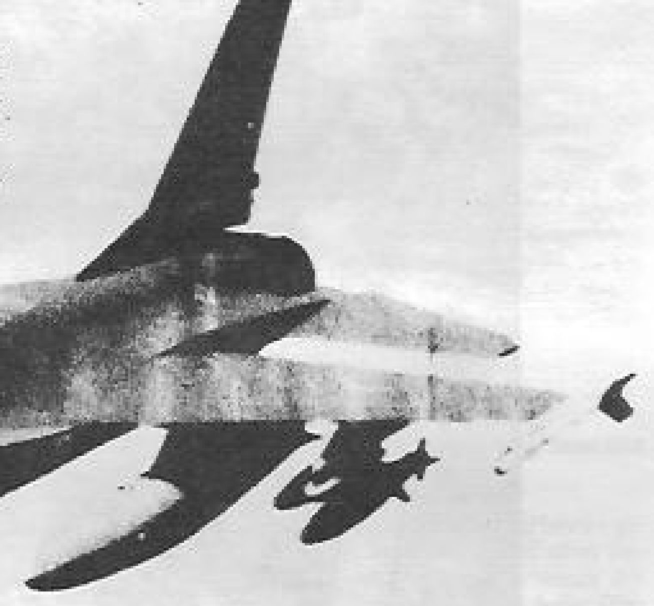
Kemal Altun wird nach seinem Tode Asyl bekommen

Kemal Altun wird mit großer Wahrscheinlichkeit posthum Asyl erhalten. Die Europäische Menschenrechtskommission gab bekannt, daß sie die Akte von Altun untersuchen und einen Beschluß fassen werde, ob er Asyl bekommt oder nicht.
Veysi Serhat, dessen Auslieferung von der Türkei wegen schwerer Körperverletzung in drei Fällen verlangt wird, wurde freigelassen. Er war vor 8 Monaten in Maiz verhaftet worden.

Tercüman vom 30.12.1983

Cetin, einer der Besetzer des Kölner Konsulats, erhielt Asyl

Von den extremistischen Linken, die unser Kölner Konsulat überfielen, wurde nach Mülazim Mercan jetzt auch Ibrahim Cetin das Asylrecht zuerkannt.



Hürriyet vom 7.1.1984

Demonstration in Berlin für Celalettin Kesim

Zum Andenken an den am 5. Januar 1980 bei einer Auseinandersetzung von zwei türkischen Gruppen erstochenen Celalettin Kesim demonstrierten in Berlin 400 Leute, hauptsächlich Türken.
Nach einer Mitteilung der Polizei kam es bei der Demonstration zu keinerlei Zwischenfällen.

Tercüman vom 8.1.1984

Dev-Sol demonstrierte in Paris vor dem deutschen Hauptkonsulat

15 Militante von der Dev-Sol demonstrierten vor dem

TÜRKEI—INFODIENST der alternativen türkeihilfe
c/o Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford

Postvertriebsstück 1 D 3417 D Gebühr bezahlt

Konsulat und protestierten gegen das Verfahren der Kölner Konsulatsbesetzer. Dabei verteilten sie Flugblätter. Nach einer Warnung durch die Sicherheitskräfte verließen die Demonstranten den Ort des Ereignisses. Nach Angaben von Bediensteten des Konsulats machten die Demonstranten nicht den Versuch, in das Gebäude einzudringen.

Tercüman vom 11.1.1984

Deutschland erkannte dem TÖB-DER-Mitglied Hüseyin Inci Asylrecht zu

Hüseyin Inci, dessen Auslieferung die Türkei gefordert hat, weil sein Name im Zusammenhang mit verschiedenen Aktionen auftauchte, hatte Asyl beantragt.
Die Hamburger Sozialdemokraten und die Grünen hatten verschiedene Schritte unternommen, um die Auslieferung von Inci zu verhindern.
Hüseyin Inci, der in Hamburg studiert, kann nun in der Bundesrepublik bleiben.

Zur Information über den Verlauf des Kölner Prozesses gegen die Konsulatsbesetzer verweisen wir auf die ausführliche Berichterstattung der Berliner Tageszeitung (TAZ)



IMPRESSUM
TÜRKEI—INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM
Abonnement: 6 Monate: 20,- DM; 1 Jahr: 40,- DM
Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum
Zahlungen nur nach Erhalt einer Rechnung auf eines der folgenden Konten:
Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30
Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford - Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20
Der Türkei - Infodienst erscheint 14-tägig